

# Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 2544  
Postfachnummer: 2544  
Schriftleitung: Dresden, K. L. Marienstraße 25/48

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 2544  
Postfachnummer: 2544  
Schriftleitung: Dresden, K. L. Marienstraße 25/48

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 2544  
Postfachnummer: 2544  
Schriftleitung: Dresden, K. L. Marienstraße 25/48

## Arbeit für Dreihunderttausend

### Fragen der Krisenfürsorge im Sozialpolitischen Ausschuss

Berlin, 8. Juli. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit den Anträgen und Entschließungen auf Ausdehnung der Krisenfürsorge.

#### Reichsfinanzminister Dietrich

Sagte aus: Die vorliegenden Anträge und Entschließungen haben eine weitgehende finanzielle Auswirkung. Die beschlossene hier angeforderte Forderung würde ungefähr 200 Millionen, die weitestgehende etwa 600 Millionen Mehrausgaben erfordern. Die finanzielle Situation habe ich gestern schon dahin gekennzeichnet, daß uns zur Zeit 600 Millionen am Etat fehlen, die wir mit den eingebrachten Vorlagen einschließlich Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung und der Reform decken wollen. Wenn nun durch die vorliegenden Anträge noch weitere 200 bis 600 Millionen Mehrausgaben entstehen, so sehe ich keine Möglichkeit dafür, Deckungsvorschläge zu machen.

Ich kann schon hier erklären, daß uns für derartige Anträge Mittel irgendwelcher Art nicht zur Verfügung stehen und daß die Regierung nicht in der Lage wäre, solche Beschlüsse auszuführen.

Abg. Schneider (Dem.) bezeichnete die Anträge als die Folge des Abbaues der Arbeitslosenunterstützung. Die Notlage der ausgeheerten Arbeitslosen erfordere unbedingt Abhilfe. Abg. Effer (Centr.) betonte gleichfalls, daß die Leistungsverbesserung der Arbeitslosenversicherung naturgemäß zu einer Mehrbelastung der Krisenfürsorge und der Gemeinden führe. Die Gemeinden könnten unmöglich die gewaltige Mehrbelastung tragen, die ihrem Wohlfahrtsetat erwachse, wenn die Krisenfürsorge nicht erweitert wird.

Abg. Dr. Wessler (D. Sp.) widersprach der Meinung, daß die letzten Reformen der Arbeitslosenversicherung irgendwie die Gemeinden belastet hätten. Eine Ausdehnung der Krisenfürsorge sei nicht der richtige Ausweg aus dieser Lage. Die Volkspartei werde die vorliegenden Anträge ablehnen, denn es sei nicht angängig, daß der Reichstag fortgesetzt in das Verordnungsrecht des Arbeitsministers eingreife.

#### Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

wies darauf hin, daß Anträge auf Erweiterung der Krisenfürsorge immer gekommen seien und daß immer die Durchführung ihre Grenzen gefunden habe an dem Mangel finanzieller Mittel. Das habe gar nichts zu tun mit der koalitionsmäßigen Zusammenfassung der jeweiligen Regierung.

Nach den neuesten Zahlen haben wir jetzt 2 146 091 Arbeitslose insgesamt, die aus der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge unterstützt werden.

Wir bemühen uns, die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms möglichst zu beschleunigen. Reichsbahn und Reichspost werden schon in nächster Zeit große Aufträge an die Wirtschaft geben. Dazu kommt dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das Programm für den Wohnungsbau, den Straßenbau und die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge.

Im ganzen wird nahezu eine Milliarde zur Verfügung gestellt, und mit diesen Mitteln werden 200- bis 300 000 Menschen in der nächsten Zeit in Arbeit gebracht werden können.

Das wird vor allem auch für die Bauarbeiter von großer Bedeutung sein. Die Finanznot der Gemeinden wird in den nächsten Tagen in anderem Zusammenhang erörtert werden. Es ist richtig, daß die Arbeitslosenversicherung nicht isoliert für sich betrachtet werden kann. Wir beachten mit der größten Aufmerksamkeit die Verhältnisse in der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge. Im Herbst werden sich diese Verhältnisse besser überblicken lassen als jetzt.

Vom Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, den Demokraten und den Christlichnationalen ist inzwischen eine Entschließung eingegangen, in der erklart wird, 1. den Erlaß über Verrentenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 29. Juni 1929 der inzwischen eingetretenen allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes anzupassen; 2. alsbald größere Mittel für die werkschaffende Erwerbslosenfürsorge bereitzustellen und bei der Heranziehung zu diesen Arbeiten in stärkerer Weise als bisher die Krisenunterstützungs- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu berücksichtigen; 3. bei der Fortsetzung der Krisenunterstützung die Träger der gemeindlichen Fürsorge zu hören; 4. unter Mitwirkung der Länder Maßnahmen zu einem Ausdehnung unter den Gemeinden zur Ausbringung der Laien der Wohlfahrtsberwerblosenunterstützung zu ergreifen mit dem Ziel der Entlastung derjenigen Fürsorgeverbände, deren Laien infolge der hohen Erwerbslosenziffer dauernd wesentlich über dem Reichsdurchschnitt liegen.

Die Abstimmung über die Entschließung wurde auf Mittwoch vertagt.

## Minister Dietrich hat seine Freunde verstimmt

### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juli. Die Sitzung des Steuerausschusses, der sich heute mit den Deckungsvorlagen beschäftigten sollte, wurde auf Mittwoch vertagt. Die Debatte im Reichstag selbst wird heute nachmittags ihre Fortsetzung finden. Das Echo, das die getriggen Ausführungen des Finanzministers Dietrich-Waden in der Berliner Vintspresse finden, zeichnet sich durch große Zurückhaltung aus. Es vertritt sich der Eindruck, den man schon von Anfang hatte, daß die Ausführe der Deckungsvorlage zunächst als verflechtet angesehen werden müssen. Dietrich-Waden hat bei seinen eigenen Freunden Anstoß erregt. Bei den Demokraten haben seine Ausführungen gegen den Danabund erheblich verstimmt. Bei der Volkspartei hat es Verstimmung hervorgerufen, daß angeblich mehr als 100 Millionen am Etat nicht mehr eingepart werden können, daß also gerade ein Ausweg, den man auf vorkparteilicher Seite gesehen hatte, vom Reichsfinanzminister veripert worden ist. Selbst die „Exerantia“ muß ausgeben, daß dieser Anfang außerordentlich vorsichtig gewesen sei. Auf Anregungen aus Zentrumskreisen mag es im übrigen zurückzuführen sein, daß die getrige Debatte knall und Fall abgebrochen wurde, daß also kein Redner der Regierungsparteien zu den Meinungen Dietrich-Waden Stellung nahm. Heute wird zugegeben, daß es sich dabei um ein stillschweigendes Uebereinkommen mit dem Ziele gehandelt habe, die an sich schon bestehenden Gegensätze nicht weiter zu verschärfen. In einer für heute nachmittags angelegten Parteiführerbesprechung soll die Lage nochmals getrüft werden.

## Hoffnungen auf ein Deckungskompromiß

Berlin, 8. Juli. Das Reichskabinett wird sich in seiner heutigen Nachmittagsitzung wieder mit dem seit einiger Zeit zurückgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramm und insbesondere mit der Stegerwaldschen Aktion zur Belebung des Baumarktes befassen. Außerdem sollen Reichsbahnfragen behandelt werden, soweit sie zum Arbeitsbeschaffungsprogramm gehören und andererseits die finanzielle Lage der Reichsbahn betreffen. Im Anschluß daran wird der Reichsfanzler seine Parteiführerberatungen, die er am vergangenen Freitag aufnahm, fortsetzen und zum endgültigen Abschluß bringen. In den heutigen politischen Kreisen rechnet man zwar noch immer mit längeren Auseinandersetzungen, weshalb die Parteiführerbesprechung voraussichtlich bis in die späte Nacht andauern wird, doch überwiegt die Ansicht, daß das Kompromiß innerhalb der Regierungsparteien heute gefunden werden kann.

## Moldenhauer's Uebergangsbesätze sollen verlängert werden

Berlin, 8. Juli. Die nächste Vollsitzung des Reichsrats findet am Donnerstag um 5 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht auch eine Vorlage über die Anrechnung einer längeren als der gesetzlichen ruhegeldfähigen Dienstzeit für den Reichsfinanzminister a. D. Dr. Moldenhauer. Ferner hat sich der Reichsrat mit einem Antrag des Landes Thüringen auf Erlaß einer umfangreichen Amnestie für politische Straftaten zu beschäftigen. Unter den sonstigen Vorlagen sind hervorzuheben das Bauvertragsgesetz für 1930 und eine Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Vorführung ausländischer Bildstreifen.

## Die Finanzlage der Reichspost

Berlin, 8. Juli. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Schökel gab bekannt, daß die Postanleihe bis jetzt rund 60 Millionen gebracht habe. Die im Juni und Juli begebenen Schatzanweisungen in Höhe von 113 Millionen sind sämtlich verkauft. Das Postbedeckung ist also um 173 Millionen entlastet worden. Infolgedessen bestehen keine Bedenken, auch den Rest der Ablieferung an das Reich mit 41 Millionen abzuliefern. Das Endergebnis des Jahres 1929 ist ein Gewinn von 222,7 Millionen, wovon das Reich insgesamt 151,5 Millionen erhielt. Die Jahresnachweisung wurde vom Verwaltungsrat genehmigt. Dann beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit einem Nachtrag zum Haushalt für 1930.

## Sturm auf ein Separatistenlokal

Trier, 8. Juli. Vor dem Gasthaus Japp, einem Hause, das früher ein bekanntes Verkehrslokal für Besatzungsangehörige und Separatisten war, sammelte sich gestern abend eine größere Menschenmenge an, die Mene machte, das Gasthaus zu stürmen. Sie war geführt von einem Manne, der auf die Denunziation des Gastwirtes Japp von den Franzosen zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Der Polizei gelang es, zunächst die tobende Menge zurückzuhalten. Als sie sich aber dem Verlangen nach Auslieferung der Familie Japp widersetzte, wurde sie von der rasenden Menge einfach überannt; diese stürmte ins Haus, zerstückte Türen und Fenster und warf die Möbel teilweise aus dem Fenster in die am Hause vorbeistehende Mosel. Japp hatte sich mit seiner Familie so verbarrakodiert, daß man nicht an ihn heran kommen konnte. Die Menschenmasse war vor allem dadurch aufgepeitscht worden, daß vor dem Eintreffen der Polizei mehrere Schiffe aus dem Hause gefallen waren, die indessen niemand getroffen hatten.

## Keine Schadenersatzforderungen wegen der Separatistenunruhen

Berlin, 8. Juli. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind bei der getrigen Unterhaltung des französischen Botschafters in Berlin, de Margerie, mit Reichsaußenminister Dr. Curtius keine Schadenersatzforderungen wegen der Separatistenunruhen im Rheinland angemeldet worden.

## „Auf einen Ideologen anderthalben“

### Die Pariser Presse zu Italiens Abgabe an Briand

#### Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 8. Juli. Wie bereits gemeldet, wurde am Montag die Antwort der italienischen Regierung auf Briands pan-europäisches Memorandum überreicht. Die Abbrüstung ist nach Ansicht der italienischen Regierung der Ausgangspunkt für jede europäische Zusammenarbeit und die Voraussetzung für die Lösung des Sicherheitsproblems. Das ist eine der bekannten französischen genau entgegengesetzte These. Die französische Presse befürchtet, daß leider die These Italiens in Deutschland und auch in England Unterstützung finden werde. „Auf den Ideologen Briand“, schreibt das „Echo de Paris“, „setzt Italien anderthalben Ideologen.“ Andere Reglerungsblätter stellen fest, daß Italien die Verteilung der kleinen Staaten gegen Frankreich übernehme. Die Sicherheit sei durch die Verträge von Locarno genügend umrissen. Die radikale Vintspresse findet, daß Mussolini den Versuch mache,

der Idee Briands ein Synbild der Unzufriedenen in Europa gegenüberzustellen,

und die „Ere Nouvelle“ empfiehlt diesem machiavellistischen Vorschlag gegenüber eine rathe Verständigung mit England. „Deuvere“ glaubt, daß die italienische Antenne nur dazu dienen werde, auch Deutschland zu ermutigen, die heilige französische Trilogie „Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung“ in die andere umzuwandeln: „Abrüstung, Schiedsgericht, Sicherheit.“

## Ergebnis: Eine ergebnislose Konferenz

### Die Auffassung in Genf über Briands Paneuropaplan

Genf, 8. Juli. Nachdem bereits eine Reihe von Staaten auf Briands Paneuropaplan geantwortet hat — zuletzt Italien in einem im großen und ganzen ablehnenden Sinne — erwartet man hier von der Initiative des französischen Außenministers keinen Erfolg mehr. Zum wenigsten werden die meisten Staaten Vorbehalte anmelden, die die ursprünglichen Absichten Briands völlig unumkehrbar geeignet sind.

Man nimmt daher an, daß im September zwar eine große Konferenz der europäischen Staaten zusammengetreten wird, daß aber hierbei nach den üblichen Wahrscheinlichkeiten sogar recht zurückhaltende Möglichkeiten an die Adresse Frankreichs bearbeitet werden geltend gemacht werden, daß eine Weiterführung des französischen Planes praktisch ausgeschlossen erscheint.

Man wird einen Studienauschuss einsehen und das Weitere vertagen. Im übrigen ist es aber nicht ausgeschlossen, daß die französische Initiative von anderer Seite angetriffen und

neuen anders gelagerten Plänen nutzbar gemacht wird. Der französische Paneuropaplan könnte dann vielleicht ein ähnliches Schicksal erleben wie der Kelloggspakt, der aus einem Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten zugekauften Frankreichs, wie ihn Briand antrah, zu einem allgemeinen paritätischen Abkommen wurde.

## Curtius zum Paneuropamemorandum

Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde die deutsche Antwort auf das französische Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung behandelt.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung über Entwicklung und Verlauf der politischen Besprechungen und Konferenzen, in denen die Aktion Briands zuerst entstanden ist und über die Stellungnahme Stresemanns zu den Grundgedanken des Problems. Der Minister erklärte dann das französische Memorandum in seinen Einzelheiten und kennzeichnete die deutsche Stellung hierzu. Es wurde von dem Minister betont, daß die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 15. Juli in Paris überreicht werden wird.

## Deutschland soll schuld sein

### Pariser Stimmen zum Abbruch der Saarverhandlungen

Paris, 8. Juli. Auch heute beschränkt man sich grobenteils darauf, die gemeinsame deutsch-französische Mitteilung über die Unterbrechung der Saarverhandlungen ohne Kommentar wiederzugeben. Soweit sich die Presse, besonders die Regierungspresse, dazu äußert, herrscht fast ausnahmslos die Meinung, daß die Unterbrechung der Verhandlungen im Grunde einem Abbruch gleichkomme. Der „Petit Parisien“ z. B. schreibt, die Hoffnung auf eine Wiederanbahnung der Verhandlungen sei äußerst gering. Der deutsche Vorschlag über den Grubenbesitz lasse überhaupt nicht einmal die Möglichkeit einer Verständigung. Unter den üblichen Vorwürfen gegen Deutschland und seine völlig unzureichenden Anerbietungen wird dann hinzugefügt, daß Frankreich ruhig abwarten könne bis 1935 und bis dahin alle Vorteile des Status quo ausnützen könne. Bis dahin kann Frankreich nach Ansicht des „Journal“ auch in aller Ruhe die Saarländer über ihre wirklichen Interessen aufklären. „Daß diese Interessen auf Seiten Frankreichs liegen, darüber ist auch nicht der Schatten eines Zweifels möglich.“ Die „Humanité“ glaubt, daß mit dem Abbruch der Saarverhandlungen eine der schwersten Krisen in den deutsch-französischen Beziehungen beginnen wird.